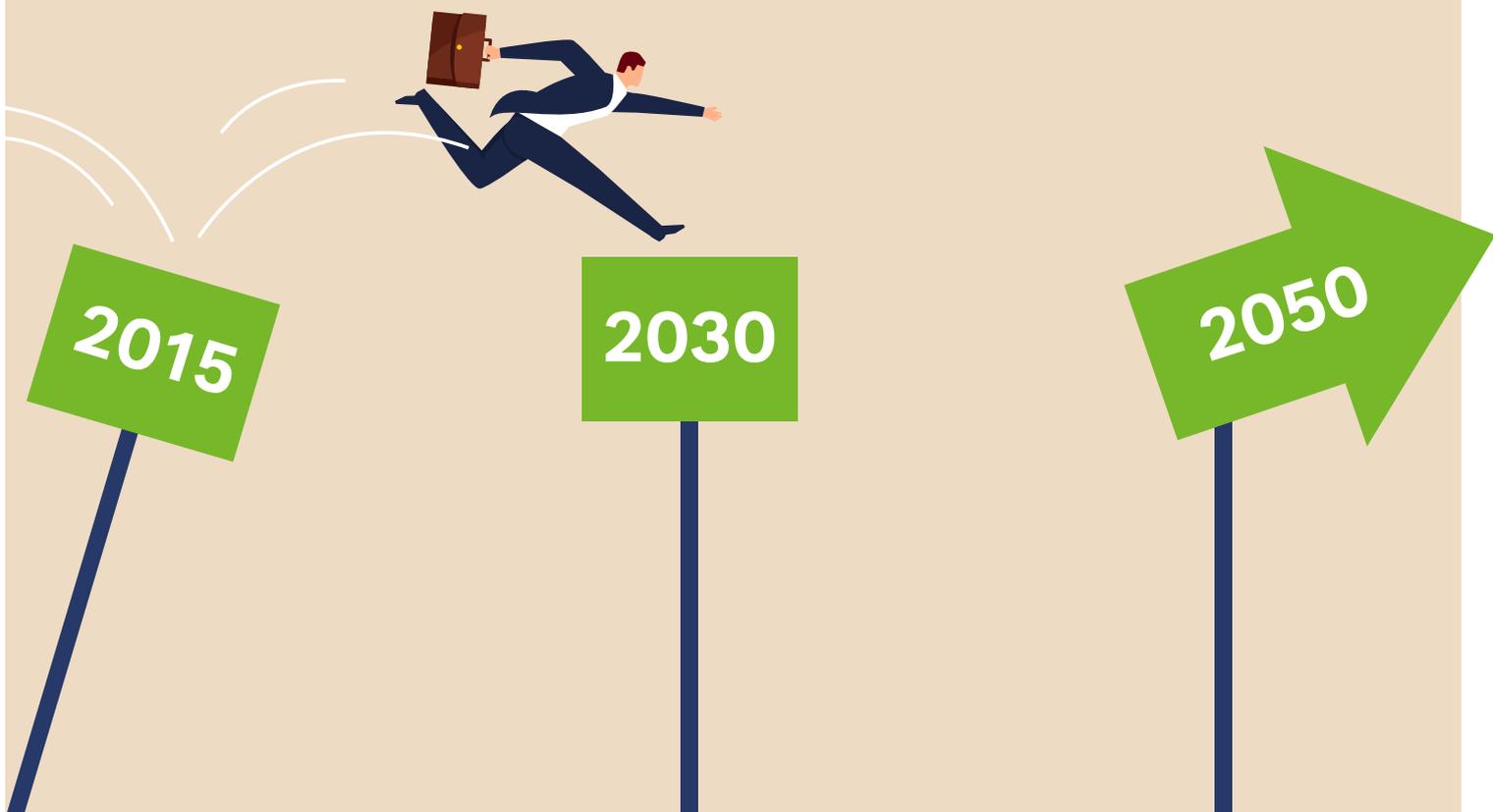


GREEN DEAL

Zu schnell, zu viel?



Klimaneutrales Industrieland

Das ist das Hauptziel der neuen, schwarz-grünen Regierung in Nordrhein-Westfalen

Die neuen Versorgungspläne

Robert Habeck gibt Gas: mehr Windräder, mehr Photovoltaik und LNG-Terminals in Norddeutschland

4-7 **Green Deal**

Der Handel mit CO₂-Emissionsrechten (ETS) steht in seiner bisherigen Form zur Disposition. Für die chemische Industrie bedeuten die neuen Pläne und Richtlinien der EU eine weitere Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit.



8 Mehr Windräder: Das ist das Ziel des Energie- sofortmaßnahmenpakets.



16 Was ist wirklich nötig? Diese schwierige Frage steht hinter dem Essential Use-Konzept.

Aktuell

8 Energie- und Gasversorgung
Wie Deutschland jetzt schnell unabhängig werden soll.

Fokus NRW

12 Nach der Wahl
Die neue, schwarz-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Wüst setzt auf ein klimaneutrales Industrieland.

Verantwortung

14 Wegweisendes Joint Venture
LANXESS schmiedet globalen Player für technische Hochleistungs-Polymere.

18 Sprung in die Chefetage
Der 17-jährige Schüler Simon Rodig war einen Tag Chef der Kommunikation.

Fokus Brüssel

16 Chemikalienstrategie
Mit dem Essential Use-Konzept droht ein pauschales Verbot ganzer Stoffgruppen.



Sehr geehrte Damen und Herren,

die sich sonst einstellende Vorfremde auf die anstehende Sommerpause, auf Sommerferien und Urlaub mit Familie und Freunden – all das funktioniert in diesem Jahr nicht wirklich. Zu groß sind die Sorgen: der seit mehr als vier Monaten andauernde russische Angriffskrieg in der Ukraine, die daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen und die immer noch nicht überstandene Coronapandemie lassen uns kaum zu Atem kommen.

Vor allem die massiven Probleme bei den Rohstofflieferungen belasten die deutsche Industrie. Der BDI korrigierte seine Konjunkturprognose drastisch nach unten auf nur noch rund 1,5 Prozent. Vor Beginn des Ukraine-Kriegs war er noch von einem Plus von etwa 3,5 Prozent ausgegangen. Nun haben vor allem die rasant gestiegenen Energiepreise die Hoffnungen auf einen kräftigen Nach-Corona-Aufschwung zunichtegemacht und zugleich die Achillesferse des Industriestandortes Deutschland aufgedeckt: die Versorgungssicherheit für Energie, Rohstoffe und Basistechnologien.

Deutschland ist weiterhin abhängig von russischem Gas, aber auch anderen Rohstoffen. Ich halte es für richtig, so schnell wie möglich die deutsche Abhängigkeit vor allem von russischen Gaslieferungen zu beenden. Dieser Wunsch darf aber nicht zu Kurzschluss-handlungen führen, die unseren eigenen Industriestandort schwächen.

Neben der Verteuerung von Energie bereitet mir die vorgeschlagene Ausweitung des Kohlendioxid-Grenzausgleichssystems CBAM auf EU-Ebene Sorgen. CBAM ist für die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Chemieindustrie eine starke Bedrohung – und das zu einem Zeitpunkt, da diese Industrie als Rückgrat der Energiewende gebraucht wird.

In NRW hat die neue Landesregierung sich zum Ziel gesetzt, ein klimaneutrales Industrieland NRW zu gestalten. Es kann gelingen, wenn die Regierung ein Bewusstsein für die Bedeutung der Industrie in unserem Land hat – und die Herausforderungen, vor denen wir im weltweiten Vergleich stehen, konsequent angeht. Ganz oben auf der Agenda stehen neben wettbewerbsfähigen Energiepreisen der Ausbau von Strom aus nachhaltigen Quellen, schnellere Genehmigungsverfahren und eine bessere Infrastruktur.

Deshalb mein Appell an die Politik: Die Herausforderungen sind groß. Handeln Sie klug, handeln Sie beherzt und handeln Sie jetzt – die Zeit drängt.

Ihr

Matthias Zachert

Vorstandsvorsitzender
der LANXESS AG

» Die Herausforderungen sind mannigfaltig und groß. Mein Appell an die Politiker lautet daher: Handeln Sie klug und beherzt und vor allem jetzt – die Zeit drängt! «



GREEN DEAL

ZU SCHNELL UND ZU VIEL?



Die EU macht Druck beim Klimaschutz und Umweltregulierung. Seit 2020 kommt ein regulatorischer Tsunami auf die Industrie zu. Mehr als 7.500 neue Gesetzesseiten liegen auf dem Tisch und dabei stehen Großvorhaben wie CLP (Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien) und REACH erst noch an. Die europäischen Energie- und Umweltminister haben jetzt ein umfassendes Klimaschutzpaket auf den Weg gebracht und weitreichende Verschärfungen bestehender Klimavorgaben beschlossen.

Im Fokus des EU-Klimaschutzpakets stehen der Handel mit CO₂-Emissionsrechten (ETS), das Kohlendioxid-Grenzausgleichssystem (CBAM), aber auch die Industrieemissionsrichtlinie (IED) und das Europäische Lieferkettengesetz (CSDD). Zusätzlich zu steigenden Rohstoff- und Energiekosten stellt das die chemische Industrie vor weitere Herausforderungen – und bedroht die Wettbewerbsfähigkeit.

Zukunft des Emissionshandels

Der Handel mit CO₂-Emissionsrechten (ETS) gilt als das bedeutendste Klimaschutz-Instrument der EU. Seit 2005 müssen Unternehmen, die zu diesem System gehören, Zertifikate kaufen, wenn sie CO₂ ausstoßen. Die Zertifikate werden frei gehandelt. Die Logik dahinter: je höher die Nachfrage, desto höher der Preis – und desto höher der Anreiz für klimafreundliche Innovationen. Das EU-Parlament fordert nun, dass bis 2030 die Emissionen um 63 Prozent sinken sollen im Vergleich zu 2005. Zudem soll es weniger kostenlose Zertifikate geben, Konditionen an noch existierende kostenlose Zertifikate geknüpft werden und für CBAM-Produkte die kostenlosen Zertifikate bis 2032 komplett wegfallen.

LANXESS unterstützt Europas ambitionierte Klimaziele und wird selbst bereits 2040 klimaneutral sein. Dennoch sollten die politischen Entscheidungsträger der EU die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähig-

2015
Klimaabkommen von Paris: Weltweite Vereinbarung zur Begrenzung der Erderwärmung auf unter 2 °C. Ziel: 1,5 °C

2018
LANXESS halbiert seinen Ausstoß von CO₂-Äquivalenten im Vergleich zum Jahr 2004.

2030
Fit for 55-Ziel: Senkung der EU Netto-Treibhausgasemissionen um mindestens 55%.

2040
LANXESS-Ziel: Der Konzern ist klimaneutral.

2050
Green Deal-Ziel: Europa ist erster klimaneutraler Kontinent.

30%
 der europäischen
 Chemie-Produktion
 werden exportiert
 – das bisherige
 System der
 kostenlosen
 Zertifikate sichert
 die Wettbewerbs-
 fähigkeit.

keit der EU bedenken, wenn sie in einer Zeit, in der Energie in Europa mehr kostet als in jeder anderen Region, so hohe regulatorische Hürden aufstellen. Manchmal scheint dies dem Ziel der EU, Europa in zukunfts-wichtigen Sektoren zu stärken, zu-widerzulaufen.

CBAM sollte nicht für Chemie-Sektoren gelten

Beim geplanten Kohlendioxid-Grenz-ausgleichssystem CBAM gibt es un-terschiedliche Vorschläge von EU-Kommission, Mitgliedsstaaten und EU-Parlament. Der entscheidende Punkt ist der Anwendungsbereich für CBAM. Die Kommission und Mit-gliedsstaaten schlagen vor, das Sys-tem zunächst nur für Zement, Alumin-ium, Dünger, Eisen und Stahl sowie Elektrizität einzuführen. Das Par-lament will die Liste um Wasserstoff, Plastik und organische Chemiepro-dukte erweitern, obwohl laut EU-Kom-mission die Datengrundlage hierfür fehlt.

Gefahr von Carbon Leakage

Nicht nur kämen weitere Belastungen auf die Chemieindustrie zu. Es besteht außerdem die Gefahr von Carbon Le-akage mit dramatischen Folgen für das Klima. Umgehungsmöglichkeiten für den CBAM auf der Kundenseite sind voraussichtlich möglich. Denn die chemische Wertschöpfungskette ist sehr komplex und stark verwoben, da die gesamte Wertschöpfungskette nicht abgebildet wird. Zudem sind für

Exporte keine Vergünstigungen und kein Carbon Leakage Schutz vorgese-hen. CBAMs sollte daher nicht auf Chemie-Sektoren ausgeweitet wer-den, solange Exporte nicht von den CO₂-Kosten (z.B. EU-ETS) entlastet und solange die komplette Wert-schöpfungskette nicht über CBAMs abgebildet werden. Hinzu kommt, dass die EU-Kommission nach eigen-ten Angaben nicht die notwendigen Daten und Berechnungsmethoden der CO₂-Werte für Polymere und orga-nische Chemikalien hat.

Industrieemissionen: Umkehr der Beweispflicht

Als Teil des EU Green Deals hat die Europäische Union auch einen Akti-onsplan zur Vermeidung von Umwelt-verschmutzung vorgelegt. Zentraler Punkt: Die Überarbeitung der Richt-linie über Industrieemissionen (IED). Bei Verstößen gegen die IED-Vor-schriften soll ein neuer Schadens-ersatzanspruch für Gesundheitsschä-den eingeführt werden. Außerdem sollen NGOs Einzelpersonen bei Sam-melklagen auf Schadensersatz gegen Unternehmen vertreten können. Nach diesem EU-Vorschlag muss eine Per-son mit Gesundheitsproblemen nur noch nachweisen, dass ein Geneh-migungsbetreiber für den Gesundheits-schaden verantwortlich sein könnte.

Für Unternehmen hätte dies weitrei-chende Folgen. Denn es bedeutet eine Umkehr der Beweispflicht. Es drohen ein enormer bürokratischer Aufwand und finanzielle Risiken.

In einer Zeit, in der Investitionen in neue Anlagen erforderlich sind, um die Energiewende und umweltfreund-liche Technologien zu ermöglichen, sollten die Regierungen den Regulie-rungsaufwand verringern und die Rechtsunsicherheit erhöhen. Der ak-tuelle Vorschlag der IED wird Investiti-onen behindern, Genehmigungsver-fahren verlangsamen und EU-Unternehmen unkalkulierbaren rechtlichen Risiken aussetzen.

Zwischen
61%
 und
63%
 weniger
 Emissionen beim
 ETS-Handel im
 Vergleich zu 2005
 – das ist die neue
 Linie.



» Fit for 55 bedeutet vor allem Bürokratie. LANXESS ist in der Positi-on, all die Anforderungen an die Pro-dukte zu erfüllen, die mit Fit for 55 einhergehen. Doch gerade jetzt ist es wichtig, vernünftig und pragmatisch vorzugehen. Denn wir brauchen eine starke Industrie und Wirtschaft innerhalb der EU, um unseren Lebensstan-dard zu halten. Eines ist aber auch klar: Wir stehen hinter dem Ziel, bis 2040 klimaneutral zu sein und haben dafür schon jetzt unseren Ausstoß von CO₂-Äquivalenten drastisch gesenkt.«

Matthias Zachert, Vorstandsvorsitzender LANXESS

10% der Industrieanlagen mit den höchsten CO₂-Emission in der EU stoßen weniger Kohlendioxid aus als viele Einzelanlagen in Asien.

ENERGIEVERSORGUNG

WIE GUT SIND DIE PLÄNE?

„Energiesofortmaßnahmenpaket“, dreistufiger Notfallplan Gas – die Dramatik der Lage zeigt sich auch an der Geschwindigkeit der Maßnahmenpakete. Deutschland soll nicht nur seine Klimaziele schneller erreichen, sondern auch unabhängig von fossilen und vor allem russischen Energieimporten werden. Der so wichtige Pakt zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren wurde aber ausgesetzt.

Der Krieg in der Ukraine hat die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Öl und Gas offenbart. Jetzt soll Deutschland möglichst schnell unabhängig werden – bis 2030 sollen 80 Prozent des deutschen Stromverbrauchs von Sonne und Wind gedeckt sein. Schon 2035 soll der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammen. Nicht nur Privathaushalte, sondern auch die Industrie würden dann vom grünen Strom profitieren.

Genau das bezweifelt die Industrie. Sie befürchtet, dass die über den Koalitionsvertrag hinausgehende neue Zielsetzung für eine klimaneutrale Stromversorgung die Versorgungssi-

cherheit gefährdet. Über allem steht die zentrale Forderung auch der chemischen Industrie: Sollen die Klimaziele erreicht werden, braucht die Industrie ausreichend erneuerbare Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen.

Mehr Windräder – ohne Einsprüche

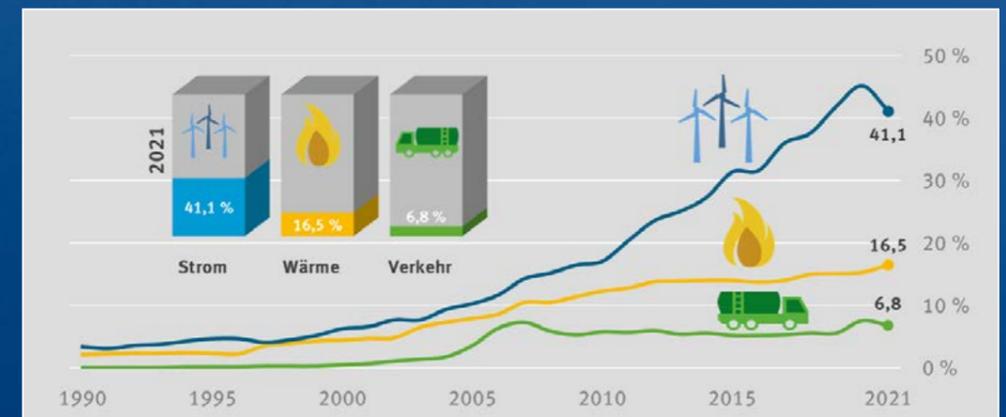
Um bis 2030 das 80 Prozent-Ziel zu erreichen, müssen Windräder und Solaranlagen in Rekordzeit geplant, genehmigt und gebaut werden. Was wird aber aus den Genehmigungsverfahren, die zur Realisierung solcher Anlagen notwendig sind? Und wie sollen die Anlagen tatsächlich so schnell realisiert werden?

Beschleunigungspakt auf die Industrie ausweiten

Zweifel sind angebracht. Denn Bund und Länder haben ihren geplanten

Pakt „Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren“ ausgerechnet vor der Sommerpause ausgesetzt. Industrie und Verbände kritisieren, dass die Politik so eine Riesenchance verpasst hat: „Besonders bei Genehmigungen müssen wir schneller werden, um Deutschland wieder attraktiver für Investitionen zu machen“, sagt VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup.

Der „Beschleunigungspakt“ muss zwingend auch Anlagengenehmigungen der Industrie einschließen, fordert auch der LANXESS Vorstandschef Matthias Zachert. Ein schnellerer Ausbau der Erneuerbaren sei zwar wichtig, reiche aber allein nicht aus. Als Mitglied der Stiftung KlimaWirtschaft fordert das Unternehmen eine Begrenzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auf maximal ein Jahr.



ERNEUERBARE ENERGIEN: TRENDWENDE DRINGEND NÖTIG

Bis 2030 sollen 80 Prozent des Stroms ihren Ursprung in Windkraft & Co. haben. Dafür muss der Ausbau der erneuerbaren Energien massiv beschleunigt werden.

Quelle: Umweltbundesamt auf Basis Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien Statistik (AGEE-Stat).
Datenstand: 02/2022

ENTWICKLUNG DER EMISSIONEN

1990 → **2020** → **2021**

1.242 Millionen CO₂-Äquivalente wurden im Jahr 1990 ausgestoßen. Damals wurde beschlossen, diesen Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren.

Mit Emissionen von **729 Millionen** CO₂-Äquivalenten wurde das Ziel der 40-Prozent-Reduzierung knapp verfehlt. Es waren laut Umweltbundesamt nur 38,7 Prozent.

Erneuter Anstieg der Emissionen auf **762 Millionen** CO₂-Äquivalente. Die Gründe: Zusätzliche Kohleverstromung als Folge der gestiegenen Gaspreise, ein kalter Winter und weniger Energie aus erneuerbaren Quellen.

DIE LNG-TERMINALS IN BRUNSBÜTTEL UND WILHELMSHAVEN

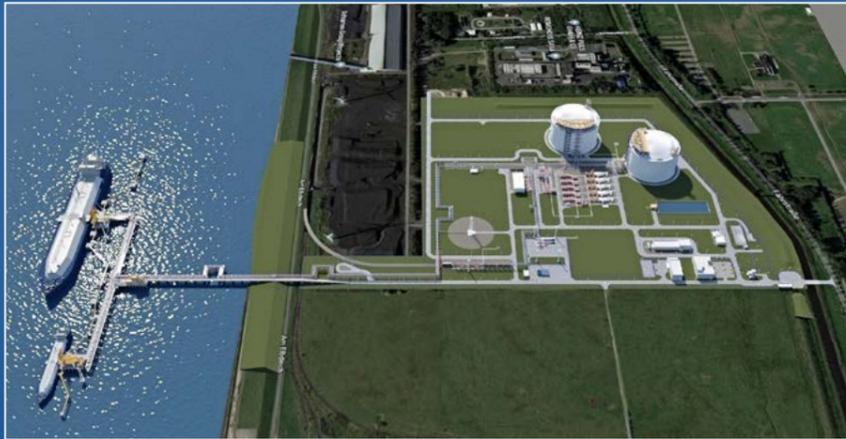


FOTO: GERMAN LNG TERMINAL GMBH

SO WIRD DAS LNG-TERMINAL IM HAFEN VON BRUNSBÜTTEL AUSSEHEN

Seit rund zehn Jahren wurde über ein LNG-Terminal in Brunsbüttel geredet – Entscheidungen fielen mit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs. Hafentreiber und die ansässigen Firmen begrüßen den Bau.



AUCH IN WILHELMSHAVEN IST EIN LNG-TERMINAL IM AUFBAU

Die Genehmigungen für die LNG-Terminals erfolgten nun in Rekordzeit. Sie sollen einen großen Anteil bei der Befüllung der deutschen Gasspeicher leisten.

JETZT KOMMEN TERMINALS

Deutschland muss unabhängig vom russischen Erdgas werden. Darin sind sich Politik und Industrie einig. Flüssiggas (LNG) fällt dabei eine Schlüsselrolle zu. LANXESS fordert für den Standort Brunsbüttel seit Jahren einen LNG-Terminal – und sieht sich jetzt bestätigt.

Deutschland braucht Gas – und eine der wenigen Möglichkeiten, auf dem Weltmarkt kurzfristig zusätzliche Gas-mengen zu beschaffen, ist der Einkauf verflüssigten Erd-gases (LNG). Transportiert wird es mit Schiffen. Das Problem: In Deutschland gibt es bislang keinen Terminal. Ein neues Gesetz soll jetzt den Bau dieser Anlagen beschleunigen. Noch in diesem Jahr sollen zwei von künftig vier schwimmenden LNG-Terminals in Betrieb gehen. Eine

Anlage in Wilhelmshaven, eine weitere in Brunsbüttel. Allein der schwimmende Terminal in Wilhelmshaven könnte laut niedersächsischem Umweltministerium bis zu 20 Prozent der jährlichen Gasimporte aus Russland ersetzen.

LNG-Anbindung für LANXESS

Auch ein direkter LNG-Anschluss des LANXESS-Standorts Brunsbüttel rückt nun endlich in greifbare Nähe. „Seit sechs oder sieben Jahren sitze ich in der Werksleiterrunde mit Vertretern der Politik zusammen und wir reden über den LNG-Terminal. Dass er jetzt kommt, ist erfreulich“, sagt LANXESS-Betriebsleiter Frank-Michael Bohnen. Der ChemCoast Park liegt an der Elbe und dem Nord-Ostsee-Kanal und profitiert auch von seiner Nähe zu Hamburg. Bereits Ende April stimmte der Landtag in Schleswig-Holstein für die Änderung des Landeswassergesetzes, um den neuen Flüssiggas-Terminal auch dann weiterbauen zu können, wenn Gerichte noch über mögliche Klagen entscheiden müssen. Und es soll sogar noch schneller gehen. Dem Entwurf zum LNG-Beschleunigungsgesetz zufolge sollen bestimmte Anforderungen für die Genehmigung der Terminals ausgesetzt werden dürfen – etwa bei der Umweltverträglichkeitsprüfung.



» Die sichere Energieversorgung unserer Produktionsanlagen hat für uns höchste Priorität. Deshalb begrüßen wir den Bau des LNG-Terminals an unserem Standort in Brunsbüttel. Damit ist unsere Energieversorgung dort gesichert. «

Hubert Fink,
LANXESS-Vorstandsmitglied

Die High-Speed-Regelung gilt sowohl für schwimmende als auch landgebundene LNG-Terminals. Der feste LNG-Terminal in Brunsbüttel soll Anfang 2023 stehen. Für LANXESS ist das eine gute Nachricht. „Das Gas im Terminal wird ins europäische Gasnetz eingespeist und wir werden einen direkten Anschluss an den Terminal bekommen. Damit ist unsere Energieversorgung gesichert“, betont Bohnen.



AUSSENSEITER DEUTSCHLAND

Die meisten europäischen Länder haben frühzeitig auf LNG-Terminals gesetzt und damit eine Alternative zu den Gasleitungen aus Russland geschaffen. Deutschland steht jetzt unter Zeitdruck.

Bis Ende 2022 sollen schwimmende LNG-Terminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven bereitstehen und die Gasversorgung sichern.

Quelle: Statista-Recherche



SCHWARZ-GRÜN ÜBERNIMMT

Im Sommer 2022 ist die politische Landschaft in Deutschland in Bewegung geraten. In Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen stellen CDU und Grüne jeweils die Regierungen. Die Wirtschafts- und Klimapolitik der nächsten fünf Jahre wird also ein schwarz-grüne Handschrift zeigen. Was bedeutet das für den Industriestandort NRW?

Der Koalitionsvertrag in NRW steht, rasch hat sich die neue Regierung geeinigt. Jetzt geht's um die Umsetzung.

Klimaneutrale Industrie-region in Europa

Übergeordnetes Ziel der neuen Landesregierung ist es, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen, wobei die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben soll. So will sie ein „Klimaschutzsofortprogramm“ auflegen und hält am beabsichtigten vorgezogenen Kohleausstieg bis 2030 fest.

Die Unabhängigkeit von russischer Energie hat aktuell erste Priorität. Zeitnah soll die Energieversorgungsstrategie des Landes NRW mit dem Ziel der Energiesouveränität weiterentwickelt werden.

Chemieindustrie begrüßt Pläne

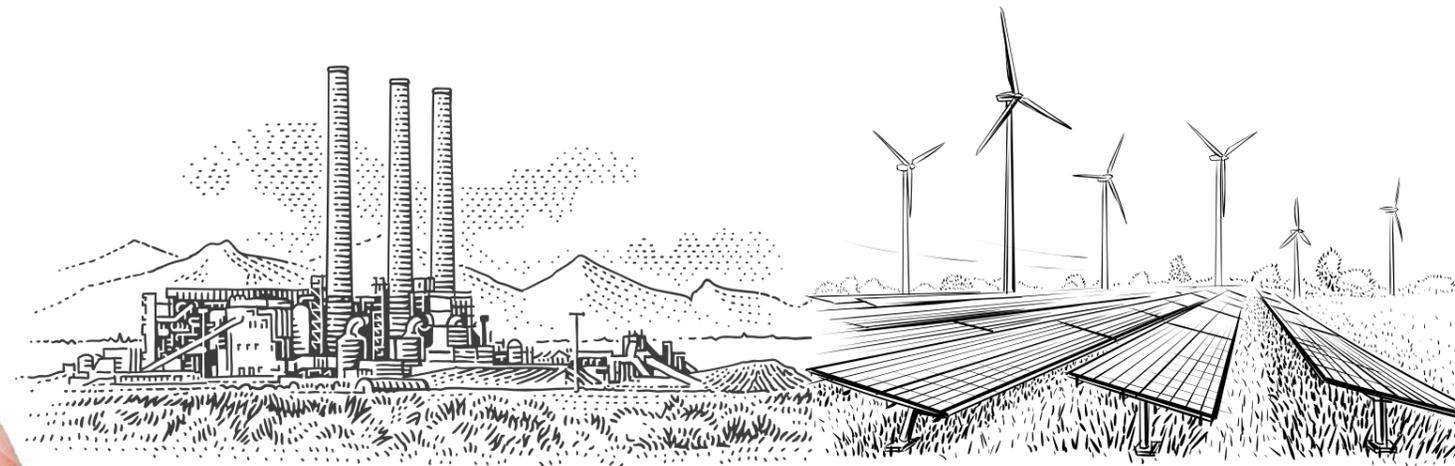
Die Chemieindustrie begrüßt diese flankierenden Maßnahmen; vor allem die Betonung der

Versorgungssicherheit durch Diversifizierung der Energiebezugsquellen, den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien sowie schnellerer Genehmigungsverfahren für den dringend benötigten Infrastrukturausbau. Die Stärkung des Energiekrisenmanagements ist nicht nur in der aktuellen Lage, sondern auch als vorbeugendes Element unverzichtbar. Die Bezahlbarkeit von Energie und niedrige Netzentgelten sind für LANXESS als energieintensives Unternehmen von entscheidender Bedeutung.

Mehr Windräder – und schneller

Mindestens 1.000 zusätzliche Windkraftanlagen sollen in den kommenden fünf Jahren in NRW entstehen. Hierfür sollen die Planungs- und Genehmigungsverfahren standardisiert, vereinfacht, verkürzt und verpflichtend digitalisiert werden.

Die Chemieindustrie plädiert dafür, dieses Prinzip nicht nur bei Anlagen für erneubare Energie anzuwenden, sondern auch auf die



Zulassung von Industrieprojekten auszuweiten, um die Transformation der Wirtschaft zu beschleunigen und den Standort attraktiver zu machen. Der VCI fordert ein Gesetz zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, das auch die Zulassung von Industrieanlagen miteinschließt. Denkverbote in der Politik könne man sich in der derzeitigen Situation nicht leisten. Entwürfe für ein solches Gesetz liegen in Berlin längst in der Schublade. Doch die Verabschiedung des Bund-Länder-Pakts zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren lässt auf sich warten.

Der VCI hat Mitte Februar ein Konzept vorgelegt, wie die Planungs- und Genehmigungsverfahren überall in Deutschland verkürzt werden können, ohne dass darunter Sorgfalt und Sicherheit leiden. Rund 1.500 Verfahren zu Industrieanlagen auf Basis des Bundesimmissionschutzgesetzes werden etwa pro Jahr in Deutschland abgewickelt. Solche Verfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung und Öf-

fentlichkeitsbeteiligung dauern bis zur Genehmigung derzeit in der Regel fünf bis acht Jahre.

Der neue Kurs

„Der erfolgreiche Industrie- und Wirtschaftsstandort NRW benötigt ein belastbares und flexibles Logistiknetz“, so steht es im Koalitionsvertrag. Die geplante Verlagerung von Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraße ist eine seit langem bestehende Forderung der chemischen Industrie in NRW.

Der Schienenverkehr ist derzeit extrem belastet. Das spürt die Branche bei der Belieferung mit Rohstoffen und Gütern. Der VCI warnte vor zusätzlichen Verschlechterungen durch anstehende Baumaßnahmen, die zu Rückstau, zur Überlastung von Knotenpunkten und zu Verzögerungen führen. Bauarbeiten an Parallel-Trassen sollten entzerrt und der Dialog mit der Kundengruppe Industrie muss optimiert werden.

Höchste Dividende

Gute Nachrichten auf der LANXESS-Hauptversammlung. 91 Millionen Euro wird der Spezialkonzern an seine Aktionäre auszahlen. Das entspricht einer Dividende von 1,05 Euro je Aktie – die höchste in der Unternehmensgeschichte.

2021 lag der Konzernumsatz mit 7,557 Milliarden Euro um 23,8 Prozent über dem Vorjahreswert von 6,104 Milliarden Euro. Das EBITDA vor Sondereinflüssen stieg um 17,2 Prozent auf 1,010 Milliarden Euro nach 862 Millionen Euro im Vorjahr. „Das Jahr des Wachstums, das wir Ihnen für 2021 versprochen hatten, das haben wir auch abgeliefert“, sagte Vorstandsvorsitzender Matthias Zachert. Auch für das laufende Geschäftsjahr zeigte sich Zachert zuversichtlich: „LANXESS ist ein robustes, vielseitiges, der Zukunft zugewandtes Unternehmen, das in zahlreichen Märkten starke Positionen einnimmt. Wir sind deshalb auch trotz möglicher weiterer Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen mit Selbstbewusstsein und Optimismus in das Geschäftsjahr 2022 gestartet.“

Der Konzernumsatz erreichte im ersten Quartal 2,432 Milliarden Euro und lag damit 43,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Das EBITDA vor Sondereinflüssen stieg um 32,2 Prozent auf 320 Millionen Euro (242 Millionen Euro im Vorjahr). Für das zweite Quartal wird ein EBITDA vor Sondereinflüssen zwischen 280 und 350 Millionen Euro erwartet.



Wegweisendes Joint Venture

Ein starker globaler Player für technische Hochleistungs-Polymere steht in den Startlöchern. LANXESS und Advent International (Advent), einer der größten globalen Private-Equity-Investoren in der Chemieindustrie, haben sich auf die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens verständigt. Die LANXESS Business Unit High Performance Materials ist Teil des Joint Ventures.

„Wir schärfen mit diesem Schritt unser Geschäftsportfolio weiter und werden noch einmal deutlich weniger abhängig von Konjunkturschwankungen. Darüber hinaus stärken wir durch die Erlöse aus der Transaktion unsere Bilanz und gewinnen neuen Spielraum für die Weiterentwicklung unseres Konzerns“, so LANXESS-Vorstandsvorsitzender Matthias Zachert in einem Schreiben an die Mitarbeitenden. Die neuen Partner – LANXESS und Advent – haben bereits einen Vertrag zur Übernahme des DSM Engineering-Materials-Geschäfts (DEM) vom niederländischen Konzern Royal DSM unterzeichnet, das in das Gemeinschaftsunternehmen eingebracht werden soll.

Spezialmaterialien für Konsumgüter

Der Kaufpreis beträgt rund 3,7 Milliarden Euro und wird durch das Joint Venture via Eigenkapital von Advent und Schulden finanziert. Das Geschäft steht für einen Umsatz von rund 1,5 Milliarden Euro bei einer EBITDA-Marge von etwa 20 Prozent. DEM ist einer der weltweit führenden Anbieter von High-Performance-Spezialmaterialien, die in den Bereichen Elektronik, Elektrik und Konsumgüter eingesetzt werden. Das HPM-Geschäft wird mit einem jährlichen Umsatz von rund 1,5 Milliarden Euro bei einem EBITDA vor Sondereinflüssen von rund 210 Millionen Euro berechnet. LANXESS wird mindes-

tens 40 Prozent des Joint Ventures halten. Die Transaktion unterliegt noch der Zustimmung der Behörden. Der Vollzug wird in der ersten Jahreshälfte 2023 erwartet.

Zukunft der Elektromobilität

Matthias Zachert: „Wir schmieden mit dem neuen Gemeinschaftsunternehmen einen weltweit starken Akteur im Bereich der Hochleistungs-Polymere. Die Portfolios, die Wertschöpfungsketten und die globale Aufstellung beider Bereiche ergänzen sich hervorragend. Mit den innovativen Produkten kann das Joint Venture zukunftsweisende Entwicklungen – etwa in der Elektromobilität – maßgeblich mitgestalten. Mit Advent haben wir einen starken und verlässlichen Partner, der über profunde Erfahrung in der Chemie und unseren Kundenindustrien verfügt.“

LANXESS investiert weiter

Mehr als 130 Millionen Euro hat LANXESS in den vergangenen vier Jahren in Krefeld-Uerdingen investiert. Eine neue Produktionsanlage für nachhaltige Hochleistungs-Kunststoffe – eines der größten Einzelprojekte – weihten NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (M.), Frederique van Baarle, Leiterin der Business Unit, und LANXESS-Vorstandsvorsitzender Matthias Zachert ein. „Das Investitionspaket zeigt: Unser Herz schlägt in und für Nordrhein-Westfalen. Wir beweisen, dass innovative Chemieproduktion mit zukunftsweisenden Produkten hier wettbewerbsfähig möglich ist.“ Wüst: „Die Chemieindustrie ist eine Schlüsselbranche in unserem Land, um die Herausforderungen der Transformation hin zur Klimaneutralität zu bewältigen und gleichzeitig sichere und gute Industriearbeitsplätze zu schaffen. Das beweist LANXESS eindrucksvoll mit der neuen Produktionsanlage für nachhaltige Kunststoffe.“



Ministerpräsident Wüst (M.) drückt den Startknopf der Produktionsanlage. Mit dabei: Matthias Zachert und Frederique van Baarle.

Nachhaltige Batterieentwicklung

Die Battery Show in Stuttgart gilt als größte europäische Fachmesse zu neuesten Technologien und Fertigungsverfahren für Batterien von Elektro- und Hybridfahrzeugen und deckt dabei die gesamte Lieferkette dieser Batterien ab. LANXESS stellt unter anderem wärmeleitende Polyamide für das Thermomanagement von Batterien und Ladestationen vor.

„Wir präsentieren uns als nachhaltiger und zuverlässiger Lieferant von Materialien für die europäischen Batterieproduzenten. Ein Fokus liegt auf Konzepten zum Aufbau zirkulärer Stoffströme beim Recycling von Batterien, um die Umweltbilanz von Elektrofahrzeugen weiter zu verbessern“,

sagt Martin Säwe, Leiter der Initiative für Elektromobilität und Kreislaufwirtschaft. LANXESS bietet zahlreiche Schlüsselrohstoffe und -materialien entlang der gesamten Wertschöpfungskette von Lithium-Ionen-Batterien an.



EU-CHEMIKALIENSTRATEGIE

WAS IST ESSENZIELL?

Ist die Verwendung eines sogenannten besonders besorgniserregenden Stoffes essentiell für die Gesundheit und die Sicherheit bzw. das Funktionieren der Gesellschaft? Nach den Plänen der EU soll diese Frage nicht nur bei Verbraucherprodukten gelten, sondern grundsätzlich bei allen Chemikalien mit gefährlichen Eigenschaften. Die Folgen wären weitreichend.

Die chemische Industrie hat ein klares Ziel: Sie will mit ihren Produkten beitragen zu einem besseren Leben in einer nachhaltigen und gesunden Umwelt. Nun macht die EU einen Vorstoß, bestimmte, aus ihrer Sicht schädliche Stoffe zu verbieten. Was sich zunächst vernünftig anhört, hat jedoch weitreichende und für die Gesellschaft eventuell negative Folgen.

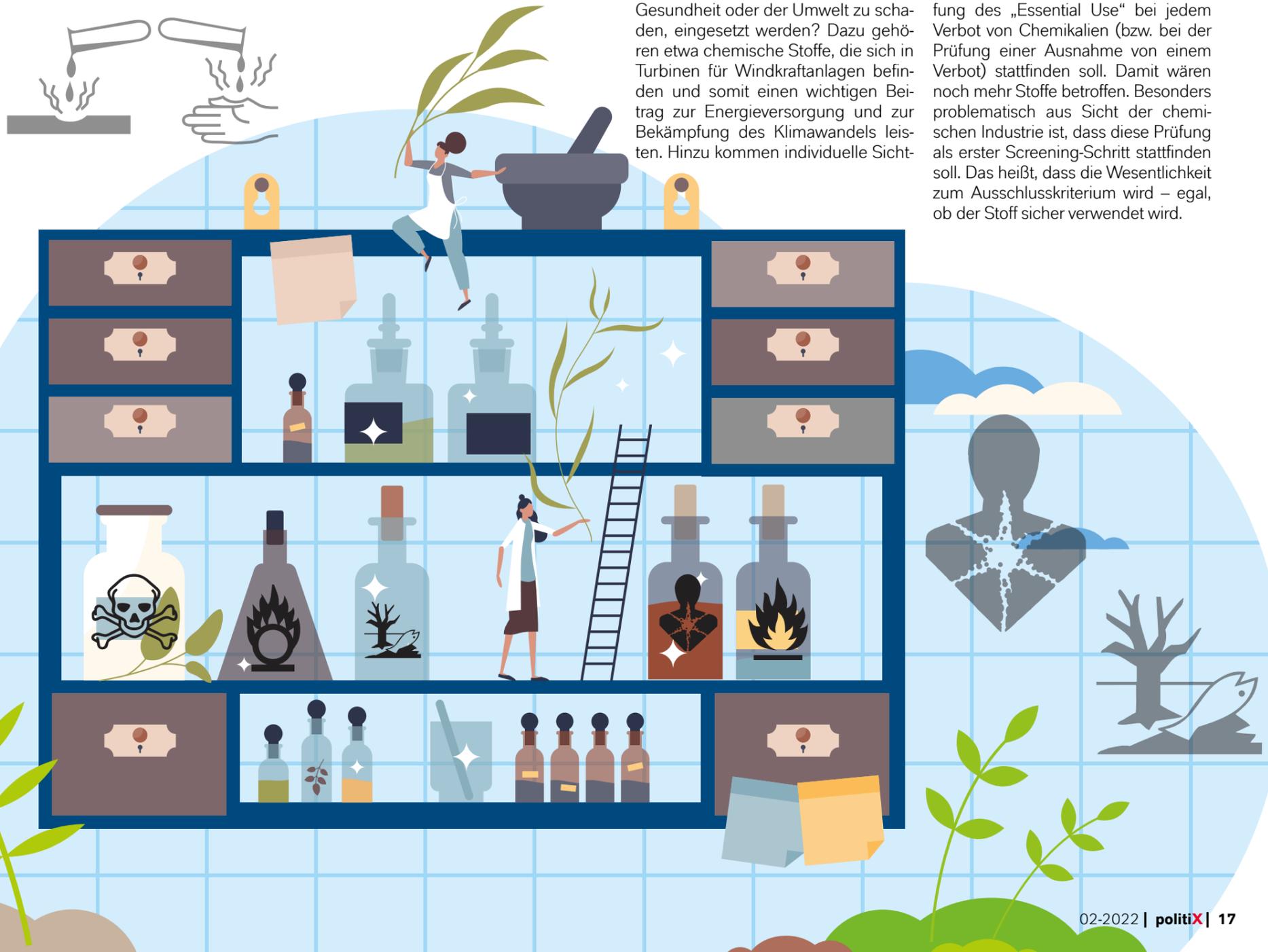
Die EU hat Folgendes vor: Stoffe mit bestimmten gefährlichen Eigenschaften will sie als „besonders besorgniserregende Stoffe“ (Substances of Very High Concern, SVHC) einstufen. Dabei handelt es sich um solche, die krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend sind, und um Stoffe, die schwer abbaubar sind und sich in lebenden Organismen anreichern können. Andere ähnlich besorgniserregende Stoffe sind beispielsweise die sogenannten endokrinen Disruptoren (Stoffe mit schädlicher Wirkung auf das Hormonsystem). Bereits im Oktober 2020 hatte die EU-Kommission angekündigt, dass sie Chemikalien mit SVHC-Eigenschaften zukünftig nur noch in sogenannten essenziellen

Verbraucherprodukten erlauben will. Dafür brachte sie das „Essential Use“-Konzept ins Spiel. Bislang wird ein solcher Ansatz auf Stoffe angewendet, die die Ozonschicht schädigen und gemäß internationaler Vereinbarung verboten sind. Die Feststellung, dass eine bestimmte Verwendung essenziell ist, ermöglicht dann eine Weiterverwendung in begründeten Ausnahmefällen. Essenziell wird dabei gleichgesetzt mit notwendig für die Gesundheit, die Sicherheit oder das Funktionieren der Gesellschaft (kulturelle, intellektuelle Aspekte), wenn es gleichzeitig keine verfügbare oder praktisch machbare Alternative gibt.

Klare Einteilung ist schwierig

Auf den ersten Blick erscheint dies

Die Abkehr vom **risikobasierten Ansatz** in der Chemikalienstrategie ist problematisch. Ganze Stoffgruppen können pauschal verboten werden.



schlüssig: Niemand möchte, dass in Alltagsgegenständen gefährliche Chemikalien in größeren Mengen enthalten sind. Die Realität ist jedoch komplexer und lässt sich nicht in Kategorien wie „essenziell“ und „nicht-essenziell“ einteilen. Zwar gibt es eindeutige Fälle wie Medizinprodukte, doch wie soll z.B. mit gefährlichen Chemikalien verfahren werden, die sicher, d.h. ohne der menschlichen Gesundheit oder der Umwelt zu schaden, eingesetzt werden? Dazu gehören etwa chemische Stoffe, die sich in Turbinen für Windkraftanlagen befinden und somit einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung und zur Bekämpfung des Klimawandels leisten. Hinzu kommen individuelle Sicht-

weisen. Ein bestimmtes Produkt mag für einen Teil der Bevölkerung essenziell sein, während der andere Teil gut darauf verzichten kann.

Es stellt sich daher die Frage, ob eine objektive Definition des Begriffs „Essential Use“ und damit des EU-„Essential Use“-Konzepts überhaupt möglich ist. Die neuesten Pläne der Kommission sehen vor, dass die Prüfung des „Essential Use“ bei jedem Verbot von Chemikalien (bzw. bei der Prüfung einer Ausnahme von einem Verbot) stattfinden soll. Damit wären noch mehr Stoffe betroffen. Besonders problematisch aus Sicht der chemischen Industrie ist, dass diese Prüfung als erster Screening-Schritt stattfinden soll. Das heißt, dass die Wesentlichkeit zum Ausschlusskriterium wird – egal, ob der Stoff sicher verwendet wird.

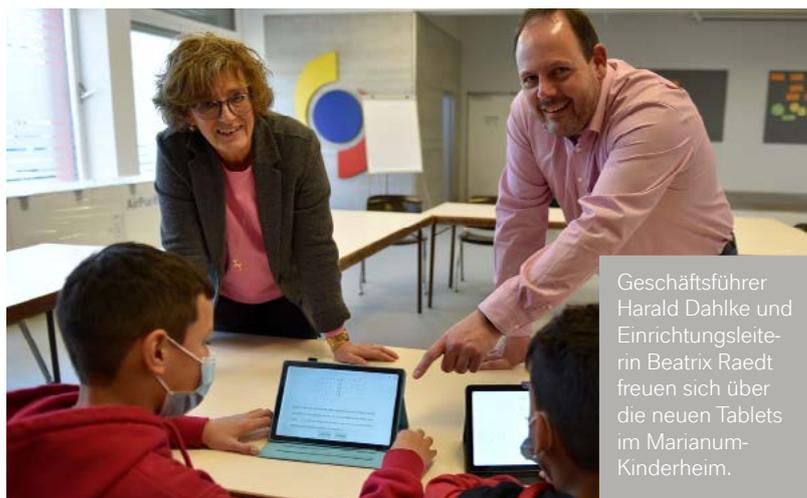
SPRUNG IN DIE CHEFETAGE

„Meine Position ist spitze“ heißt die Aktion des Chemie-Netzwerks ChemCologne, die Schülerinnen und Schülern ermöglicht, Führungspositionen in der Industrie kennenzulernen.

Simon Rodig (17) übernahm die Aufgaben von Claus Zemke, Leiter der Unternehmenskommunikation LANXESS. „Ich hätte nicht gedacht, dass ein Kommunikationschef so viele unterschiedliche Aufgaben hat“, so der Schüler. Claus Zemke unterstützt die Aktion sehr gerne: „Hier können wir uns als potenzieller Arbeitgeber mit unseren interessanten Berufsbildern positionieren.“ Die Aktion findet bereits im achten Jahr statt. Neben LANXESS beteiligen sich 17 weitere Mitgliedsunternehmen. Bei LANXESS stellten auch Esther Breuch, Leiterin der HR-Abteilung am Standort in Leverkusen, und Stefanie Nickel, Leiterin der Compoundierung in Krefeld-Uerdingen, für einen Tag ihre jeweiligen Stellen zur Verfügung.



Simon Rodig hat für einen Tag die Stelle von Claus Zemke (rechts im Bild) übernommen. Als Erinnerung erhält er von Daniel Wauben, Geschäftsführer von ChemCologne, eine Urkunde.



Geschäftsführer Harald Dahlke und Einrichtungleiterin Beatrix Raedt freuen sich über die neuen Tablets im Marianum-Kinderheim.

10.000 Euro für bessere IT

Seit zehn Jahren unterstützt LANXESS das Kinderheim Marianum in Krefeld-Uerdingen mit Geldspenden. In diesem Jahr sind es 10.000 Euro, die Marianum-Geschäftsführer Harald Dahlke in eine zeitgemäße IT-Ausstattung mit Tablet-Computern investiert. „Es ist schön zu sehen, wie schnell die Kinder die neuen Geräte annehmen“, sagt Michael Ertl, Leiter des Geschäftsbereichs Inorganic Pigments beim Spezialchemie-Konzern. „Mit der LANXESS-Bildungsinitiative unterstützen wir Projekte im Umfeld unserer Standorte.“ Überzeugt ist er vom Nutzen der Spende: „Modernes Equipment ist die Voraussetzung für Lernerfolg.“

Lust auf Technik

Frauenberufe, Männerberufe – hartnäckig halten sich bestimmte Vorurteile auf dem Ausbildungs- und Berufsmarkt. Dagegen kämpft die Initiative „Klischeefrei“, ein bundesweiter Zusammenschluss von Partnerorganisationen aus Bildung, Politik, Wirtschaft, Praxis und Wissenschaft, dem auch LANXESS angehört. Und so nutzte LANXESS die Gelegenheit, am bundesweiten Girls Day im Mai 26 Schülerinnen – wenn auch nur virtuell – über die Möglichkeiten einer Ausbildung und den dualen Studiengang des Konzerns aufzuklären.



im Mai 26 Schülerinnen – wenn auch nur virtuell – über die Möglichkeiten einer Ausbildung und den dualen Studiengang des Konzerns aufzuklären.

Aufgabe gelöst! Die Teilnehmerinnen des LANXESS-Girls Days mussten ein Windrad bauen.